

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Publications-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Bezugspreis 80 Pf. pro Quartaljahr.  
Einzelnummer 15 Pf.

Berantwortlicher Redakteur und Verleger:  
**Bruno Voerst,**  
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 geschaltete Zeile  
Zeile 30 Pf.  
Versammlungs- u. Berichtsanzeigen 15 Pf.  
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 13.

Berlin, den 30. Juni 1901.

5. Jahrg.

## Das 50jährige Jubiläum einer Gewerkschaft.

Die Vereinigung der englischen Maschinenbauer hat vor wenigen Wochen das 50jährige Jubiläum ihres Bestehens gefeiert. Anlässlich dieses Festes hat der Generalsekretär des Verbandes, Geo. N. Barnes, derselbe, der uns als der energische Leiter des großen Maschinenbauertreits bekannt geworden, ein "Jubilee Souvenir", ein Jubiläums Andenken in Form eines Buches herausgegeben, das die Geschichte des Vereins enthält.

Die Gründung der "Amalgamated Society of Engineers" fällt in eine neue Phase gesellschaftlichen Lebens, in der neue Gründungen und vor Allem eine neue Taktik sich Geltung zu verschaffen beginnen. Im Jahre 1824 hatte die englische Arbeiterschaft das Koalitionsrecht erhalten; bei allen Einheitskämpfen im Einzelnen und trotz aller Widerstände, denen die Arbeiter seitens der Verwaltungsbürokratie und der Gerichte ausgesetzt waren, blieb ihnen das Recht zur Vereinigung zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen unbestritten. Die ersten Jahrzehnte sind ausgefüllt mit zahlreichen, plötzlich ausbrechenden Streiks ohne genügende Vorbereitungen, und Gewalttätigkeiten sind nichts Seltenes. Owen und Blarney haben sich große Mühe, die Massen zusammenzufassen, sie zu organisieren und disziplinieren, die weitgesteckten Ziele dieser Männer begleiterten wohl die Massen, der Idealismus allein konnte aber über den Mangel an starken, widerstandsfähigen Organisationen nicht hinwegsehen.

Nachdem die Chartistenbewegung zusammengebrochen und die allerschlimmsten Formen kapitalistischer Ausbeutung in etwas eingengt waren, begannen die englischen Gewerkschaften, sich engere Ziele zu stecken. Bis in die 50er Jahre waren fast lediglich lokale Organisationen vorhanden; jetzt machte sich immer mehr das Bedürfnis nach Vereinigung geltend: Zusammenfassung der Kräfte, Sammlung von Kampf- und Unterstützungsfonds, Kontrolle über die materiellen und idealen Mittel, ihre vernünftigere Anwendung im Kampfe um die Erringung besserer Lebensbedingungen — das war das Ziel des "Neuen Unionismus", wie damals der jetzt "alte" Unionismus genannt wurde.

Es braucht an dieser Stelle wohl kaum gesagt zu werden, daß neue Ideen sich nicht plötzlich durchsetzen, sondern, daß sie langsam werden, und so haben denn auch nicht erst im Jahre 1850 die Gewerkschaften die Zentralisation begonnen, sondern solche Zentralorganisationen waren schon in früheren Jahren vorhanden. Die Wurzeln des Maschinenbauer-Verbandes reichen bis in das Jahr 1822 zurück, einer seiner stärksten Vorläufer war der "Freundesbund der Mechaniker", der in einer nicht geringen Anzahl von Städten bereits Zweigvereine gebildet hatte. Dieser Verband zählte schon im Jahre 1847 gegen 7000 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von Pf. 500 000. Was die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter noch ganz besonders zur Amalgamation — Verschmelzung — drängte, war vor Allem der sich notwendig machende Widerstand gegen die vom Unternehmertum eingeschafften "Quittance-Paper" (Entlassungsscheine). Schon im Jahre 1844 kam es in Bolton wegen dieses Entlassungsscheines zu einem Streit, der neun Monate lang dauerte. Außerdem war schon seit Jahren eine Bewegung zu Gunsten des Gehaltstundentages im Gange,

namentlich trat die Londoner Arbeiterschaft für Verkürzung der Arbeitszeit ein; der Drang nach einer besseren Zusammenfassung der Kräfte stand denn auch in London seine ersten Verfechter.

### Die Versammlung.

Der erste entscheidende Schritt für die Versammlung geschah am 19. Januar 1850. An diesem Tage beschloß der Rat der Mechaniker, eine Konferenz einzuberufen, zu der alle in der Metallindustrie bestehenden Gewerkschaften je drei Delegierte entsenden sollten. Einige Organisationen antworteten nicht, die meisten nahmen eine abwartende Stellung ein, die Kesselschmiede lehnten ab; die Letzteren bildeten noch heute eine Sonderorganisation, die sich kräftig entwickelt hat und mit zu den reichsten und mächtigsten der englischen Trade-Unions gehört.

Auf der ersten Konferenz in Warrington waren nur drei Organisationen vertreten; die Delegierten legten ein Statut fest, auf Grund dessen sich später auch die Versammlung vollzog. Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, daß diese Vereine schon vor der Versammlung recht erhebliche Unterstützungen für ihre Mitglieder eingeschafft hatten. So zahlten die Dampfmaschinenbauer Pf. 2000 Unfallentschädigung, sowie 10 Schilling Arbeitslosenunterstützung pro Woche. Eine zweite Konferenz fand noch im selben Jahre in Birmingham statt. Dort waren sieben Vereine mit zusammen 10 700 Mitgliedern vertreten. Der Wochenbeitrag wurde auf eine Mark festgesetzt, ein für damalige Zeiten auch für England sehr hoher Satz. Die Leistungen waren dementsprechend: Die Arbeitslosenunterstützung sollte in den ersten 14 Wochen Pf. 10, für weitere 12 Wochen Pf. 7 pro Woche betragen; Krankengeld wurde gewährt: für 26 Wochen je Pf. 10, von da bis zur 52. Woche je Pf. 5; Altersrente an Mitglieder von über 50 Jahren nach 18jähriger Mitgliedschaft Pf. 10 pro Woche. Auch eine Auswanderungsunterstützung wurde bezahlt, und zwar in der Höhe von Pf. 10. Die Malthus'sche Bevölkerungstheorie hatte damals noch vielen Anhang in Arbeiterkreisen und man glaubte die Abwanderung begünstigen zu müssen; später ist diese Unterstützung aufgehoben worden. Schließlich wurde bestimmt, daß die Streit- und Maßregelungen unterstützung Pf. 15 pro Woche betragen sollte. Der Verband erhielt den Namen, den er jetzt noch trägt, als Sitz der Verwaltung — des Generalsekretariats — wurde London bestimmt; der Generalrat umfaßte 15 Mitglieder, wovon 7 Personen von London und Umgebung zu sein hatten; die letzteren 7 Mann leiteten bis auf ganz wichtige Entscheidungen die Vereinsgeschäfte.

Die Vereinigung ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, 23 Zweigvereine der alten Verbände mit über 2000 Mitgliedern weigerten sich, mit überzutreten, viele Sektionen spalteten sich, so daß im Januar 1851 von den 10 700, die auf der Konferenz vertreten gewesen, nur 5000 Männer übergetreten waren. Jedoch schon im Februar konnte das Generalsekretariat berichten, daß dem Verband 82 Zweigvereine mit 7 117 Mitgliedern angehören; im September desselben Jahres waren es deren schon 10 841.

### Der erste Kampf.

Im Jahre 1852 hatte der junge Verband seine erste Kraftprobe zu leisten. In Oldham waren schon ein Jahr zurückliegende Differenzen entstanden wegen der Beschäftigung Ungelernter an Maschinen,

Vorläufige Mitglieder forderten die Entlassung der ungelernten Arbeiter und Einstellung gelernter; daneben war die Aufhebung der Stückarbeit und die Abschaffung der Überzeiterarbeit verlangt worden. Außerdem sich die Verhandlungen Monate lang hinzogen, beschlossen die Unternehmer im Dezember 1851 in Manchester, die Fabriken zu schließen, falls es wegen der Bezahlung von Punkten zum Streik kommen sollte. Sie drohten, die Fabriken so lange zu schließen bis ein anderer Vertrag geknüpft wäre, und bei einer Wiedereröffnung würden sie dann nur noch Nicht-Unionste eintstellen. Trotzdem der Exekutiv-Ausschuß des Verbandes die Unternehmer davon informierte, daß er die Entlassung der unqualifizierten Arbeiter, die an Maschinen arbeiten, nicht verlangt habe, erfolgte doch am 17. Januar 1852 der Lockout der Mitglieder in einer Zahl von 3500. Der Unternehmerverband versuchte nun den Arbeitern das "Dokument" aufzuzwingen, ein Schriftstück, durch das sich der Arbeiter verpflichten mußte, einer Gewerkschaft nicht anzugehören, weder direkt noch indirekt zu gewerkschaftlichen Zwecken zu dienen. Nach viermonatigem Kampf kam es zum Friedensschluß; beide der Parteien errang einen Sieg, es blieb alles ziemlich beim Alten; doch die Unternehmer konnten ihren Willen bezüglich der "Dokumente" nicht durchsetzen.

Die nächsten Jahre zeichnen sich aus durch eine im Ganzen

### Wohlige Entwicklung.

Von 1852—1864 sind fast seinerlei größere Streiks zu verzeichnen. Die gute Geschäftslonjunktur war in England für einen langen Zeitraum eine andauernde. Mitgliederstand und Räumen des Verbandes hoben sich, wie die auch anderer Gewerkschaften, unausgeglichen, und es gelang den Arbeitern, vielfach ohne großen Kampf, Lohnzuflößungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzudrücken.

Die brutalen Verfolgungen der Gewerkschaften waren um jene Zeit für England so ziemlich vorüber, aber die Prozesse der Nabelstiche begannen. Zu unzähligen Prozessen und Verwaltungsmäßigkeiten rückte man die Wirksamkeit der Trade Unions einzuämmen. Die diesbezüglichen reichhaltigen Mittheilungen der Geschichtsschreiber des englischen Trade-Unionismus, des Chequers Webb, leien sich wie ein Kapitel aus unserem lieben deutschen Vaterlande jeglicher Zeit. Dass all diese chitanösen Maßnahmen der herrschenden Klasse nichts genügt haben, zeigt die glänzende Entwicklung der englischen Gewerkschaften, vor Allem auch die des Maschinenbauer-Verbandes, mit dem wir es hier zu thun haben. Im Jahre 1864 zählte der Verband bereits 28 780 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von Pf. 1 739 000. Einen großen Vorteil errangen die Gewerkschaften in diesem Jahre, indem ihnen gestattet wurde, in Post-Sparfassen ihre Gelder in beliebiger Höhe anzulegen. Nach einer Pause von sieben Jahren tagte 1864 wieder eine Delegiertenversammlung zu Manchester, für die im Jahre 1851 52 zur Zeit der Versammlung Abgespalteten wurde von dieser Versammlung eine allgemeine Amnestie votiert, ein sehr vernünftiger Beschluß, der dem Verbande Tausende von Mitgliedern zuführte. Der Beitrag, der nach 1852 für einige Jahre auf Pf. 1 pro Woche erhoben war, blieb nahezu Pf. 1 pro Woche; trotzdem wurden die Leistungen des Verbandes in einigen Punkten erhöht.

### Von 1864 bis 1874.

Das Jahr 1874 sieht den Verband in großer Blüthe. Die Mitgliederzahl ist auf 44000 gestiegen, das Verbandsvermögen beträgt 4 Millionen Mark. Die noch nie dagewesene Prosperität der 70er Jahre bringt der englischen Arbeitersklasse große Vorteile. Lohnherhöhungen werden überall ohne großen Widerstand durchgeführt; die Neunstundentagsbewegung, die Anfang der 70er Jahre mit großer Energie einzog, ist für die Maschinenbau-Industrie mit dem Jahre 1874 nahezu abgeschlossen. Zu größeren Kämpfen des Neunstundentages kam es 1871 in Schottland und in New Castle. John Burnett, der nachmalige Sekretär des Verbandes und jetzige Sekretär für Arbeitserleichterungen im englischen Handelsministerium, gründete die "Nine Hours League", die ramentlich den Kampf in den großen Zentren der Maschinen-Industrie des nordöstlichen Englands führte. Dort dauerte der Kampf vom Juni bis Oktober 1871, um mit einem vollkommenen Sieg der Arbeiter zu enden. In Edinburgh, Glasgow und Leith wurde aber 1872 noch ein weiterer Schritt gethan, indem die Arbeitszeit pro Woche nur noch 51 Stunden betrug. Die Konjunktur war in jenen Jahren eine beispiellos gute, daß von 30000 Mitgliedern z. B. 1872 nur 162 auf der Arbeitslokalität sich befanden. 1874 fand eine Delegiertenversammlung in New-Castle statt. Auch diesmal wurden die Leistungen des Verbandes wiederum um Einiges erhöht, ohne daß die Beiträge erhöht worden wären; jedoch wurde dem Generalrat das Recht eingeräumt, Extra-Beiträge aufzuerlegen, wenn das Vermögen des Verbandes unter M. 60 pro Kopf beträgt.

### 1874 bis 1885.

Unter weit ungünstigeren Umständen wurde der Delegiertentag von 1885 abgehalten. Mit dem Jahre 1874 hatte die Krise eingezogen; 1877-78 waren äußerst trübe Jahre; Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzungen wurden fast überall versucht, vielfach auch durchgeführt. Das Jahr 1879 begann mit einer Neunstundigkeit der Mitgliedschaft auf der Arbeitslokalität, die Zahl der Unterstützungsberechtigten schwankte im Laufe des Jahres um die 5000; das Vereinsvermögen, das Anfang des Jahres M. 503600 betrug, schmolz bis Ende des Jahres auf M. 2822320 zusammen. Die Mitglieder hatten in diesem Jahre außer ihren sonstigen hohen Beiträgen noch M. 2275 Extra-Steuer zahlen müssen. Davon wurden M. 7 pro Kopf für den Kampf um die Erhaltung des Neunstundentags aufgewandt. Ging auch die 51 Stundenwoche fast überall wieder verloren, so blieb doch der Neunstundentag im Allgemeinen aufrecht erhalten. 1880 beginnt die Konjunktur etwas besser zu werden, die in den schlechten Jahren viel stärker unterdrückten Löhne steigen. In den vier Jahren, die mit 1880 enden, hat der Verband insgesamt 12 Millionen Mark an Unterstützung ausgezahlt. Auch sind an andere Gewerkschaften große Summen gegeben worden.

Der Delegiertentag von Nottingham im Jahre 1885 beschäftigte sich vor Allem mit der Alterspension. Es stellte sich heraus, daß im Jahre 1851 nur 1/4 pjt. der Einkommen, im Jahre 1884 jedoch 20 pjt. auf die Altersrente verwandt worden waren. Im Durchschnitt war der einzelne Rentenempfänger 31 Jahre 11 Monate Mitglied, ehe er Altersrente begehrte, und das Durchschnittsalter betrug um diese Zeit 59 Jahre. Bechlossen wurde, den Verband eintragen zu lassen, die Emigrationsunterstützung wurde aus dem Statut gestrichen. Auf diesem Delegiertentag sind auch amerikanische und australische Delegierte anwesend, welche dortige Zweigvereine des Verbandes vertreten; in Amerika hatte der Verband 2000, in Australien 1500 Mitglieder. Hier auf diesem Delegiertentag ist auch John Burns als Delegierter anwesend, der nachmalige Verfechter des "New-Unionismus" und z. B. Parlamentsmitglied für Battersea.

Berlin, 28. März 1901.

Hugo Poetsch.

(Schluß folgt.)

### Verbandsteil.

Verbandsvorsitzender: B. Fisbig, Berlin S., Verbandstraße 34. Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: Bruno Poetsch, Berlin W., Winterfeldstr. 25, Portal III. Sprechst. von 10 - 12 Uhr.

**Sommer- und Feiertags.** Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandsklassiker: P. Fosselkert, Berlin N. 58, Kreuzbergstr. 48. Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse: G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstrasse 25. Alle Korrespondenzen, Antragen u. s. w. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die "Gewerkschaft" und die Krankengeld-Zuschußkasse bestimmt sind, nur an den Verbandsklassiker zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zuschußkasse gehen an G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstrasse 25.

Geldsendungen für die "Gewerkschaft" gehen an Br. Poetsch.

Vorsitzender des Ausschusses: P. Baulz, Berlin S.O., Gaußstraße 21.

### Gekanntmachung.

Um ganz ungerechtfertigte Verlangen stellen einige Berliner Filialen an den Verbands-Vorstand. Sie verlangen, daß der Verbandssektor möglichst in jeder Mitgliedschaft 21 Filialen aufzuweisen — und ihnen einen Vorstand hätten soll. — Wie würden diese Forderungen darum außerhand machen, daß Poetsch nicht als Referent für die Berliner Filialen seitens des Verbandes engagiert werden, sondern als Verbandssekretär. Wollte Poetsch die erwähnten Wünsche der Berliner Filialen befriedigen, so müßte er seinen Posten als Verbandssekretär niederlegen, da ihm dann keine Zeit überbleibt, um die Tätigkeit dieser Filialen auszuführen zu können. — Vorstände, welche solche Forderungen stellen, haben sich nicht so leicht wie sie dachten, wie sich dieses Muster vielleicht vorstellen. Die Tätigkeit eines Redners besteht nicht nur darin, daß dieser zur Versammlung erscheint und den Schreiber auffordert, sondern sie ist vor allem in der mehrjährigen oder mehrdeutigen Vorarbeit zu suchen, welche die Ausarbeitung eines Vortrages erfordert.

Zur Angelegenheit dieser unberechtigten Verlangen hat der Verbands-Vorstand und Verbands-Ausschuß folgendes beschlossen:

"Der Verbands-Vorstand und der Verbands-Ausschuß halten es für selbstverständlich, daß die Berliner Filialen ihre größere Unterstützung von Seiten des Verbands-Vorstandes, als wie die Filialen anderthalb Berlin nicht zu beanspruchen haben." Gegenoverwaltung hat d. Verbandsvorstand die Brüderlichkeit, Vertrag zu den regelmäßigen Versammlungen der Berliner Filialen zu entnehmen. Nur d. Abgeordneten Berliner Filialen sind von dem Verbands-Vorstand in agitatorischer und organisatorischer Beziehung zu unterstützen. Die dazwischenliegenden haben nun d. außerordentlichen Situationen Anspruch auf Unterstützung."

Wenn also Berliner Filialen öfter oder regelmäßig Vorträge hören wollen, so müssen sie es genau so machen, wie die Organisationen anderer Arbeiter; sie müssen für Referate Personen engagieren, die für entsprechend zu empfehligen haben. Das Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelinstr. 15, erhebt hierin nähere Auskunft.

Der Verbands-Vorstand

3. a: Br. Poetsch.

**Quittung über die eingegangene Gelder für die Charlottenburger Ausländer: Hamburg 95, Berlin IX (Reuter-Jug. str.) 19,70, Berlin VI (Pateren-Wärter) 10,95 M.**

Br. Poetsch.

**Quittung über eingegangene Gelder für den Gasarbeiter-Kongress:** Berlin I. 86,80, Stuttgart 13,10 M.

**Quittung der Verbandskasse:** Mannheim 115,72 M., Berlin XI (Krankenärzte) hat nicht 55,95, wie irrtümlich angegeben, sondern 56,95 M. eingelangt.

P. Fosselkert.

**Krankengeld-Zuschußkasse:** Stuttgart II 100 M., Magdeburg II 7,70 M.

Die Hauptstelle hat die Zulüsse für Kranken-Unterstützungen an Berlin I 50 Mark, Berlin VII 50 Mark, Berlin VIII 30 Mark.

### Versammlungen.

**Berlin I.** (Anhalt Müllerstraße.) Eine Mitglieder-Versammlung der Filiale tagte am 3. Juni bei Geermann, Paterenwärterstr. 3. Nach einem Vortrage der Geheimnistrat bestieg die Versammlung ein Sommervergnügen zu veranstalten. Den geräumlichen Vergnügungskomitee gebotene folgende Kollegen an: A. Frank, A. Koch und H. Hezel. Das Komitee wurde beauftragt, ein passendes Lokal zu besorgen. An Stelle der Kollegen Scheu und Koch zu Delegierten zum Gasarbeiter-Kongress gewählt.

**Berlin IX.** Am 21. Mai d. J. tagte bei Büste Grenadierstr. 88 die erste Gemeinversammlung der Filiale IX (Reuter-Inspektionen) des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 9/2 Uhr mit dem Beriefen der nachstehenden Tagesordnung: 1. Bericht und Abrechnung für das 1. Quartal 1901. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Bericht des Geschäftsführers. Als das Protokoll der letzten Versammlung verlesen war, erklärte der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit der Filiale während des letzten Quartals. Bei dieser Gelegenheit dankte derselbe sein Bedauern darüber aus, daß noch so unendlich viel Kollegen in Bezug auf gewerkschaftliche Verhinderung im Rückstand seien, dies beweise zur Evidenz der mangelhaften Versammlungsbesuch. Hierauf erstaute der Kassier den Kassenbericht der Filiale und von der Krankengeld-Zuschußkasse.

Die Revieren bestätigten die Richtigkeit der Bücher und Kassenbestände, worauf dem Kassier Discharge ertheilt wurde.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung detailirte der Vorsitzende die Frage: Wie stellen wir uns zu der Anstellung eines beladenen Beamten für die Berliner Filialen? In der Diskussion waren die Versammlungen mit der Anstellung eines Beamten einverstanden; jedoch begte man dagegen Bedenken, daß die Berliner Filialen das Beladen des Angestellten selbst bestreiten könnten, weil man mit dem Erbauer von Geträteuren oder bei einer eventuellen Beitragsverhöhung bei den meisten Mitgliedern auf Widerstand stoßen wird. Schließlich wurde diese Sache bis zur nächsten Versammlung vertagt. Inzwischen waren drei Anträge eingegangen, die auch von der Versammlung angenommen wurden. Nach dem ersten Antrag wurde der Vorstand beauftragt einige Gelegenheiten für die Filiale anzuschaffen. Zweitens wurden dem Vorstand 30 M. zur freien Verfügung gestellt und drittens beschlossen die Versammlungen, nachdem die Antwort der Direktion der städtischen Gaswerke auf die Petition der Brüder der W. März d. J. verlesen worden war, den Arbeiter-Ausschuß einzuberufen und soll derselbe beauftragt werden eine Sitzung beim Oberintendant zu beantragen.

Zum Schlus erstattete der Vorsitzende noch Bericht über die Krankengeld-Zuschußkasse.

**Berlin.** Die Berliner städtischen Paterenwärter hielten am 15. M. eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit folgender Angelegenheit beschäftigte. Sammtlichen Paterenwärtern von Berlin war von der Verwaltung mitgeteilt worden, daß der Lohn im Zukunft nicht wie bisher am ersten und 16. eines jeden Monats, sondern jetzt am 5. und 20. ausbezahlt werden sollte. Die Verstreitend sind aber damit keinesfalls einverstanden, indem sie am 1. eines jeden Monats die Miete zu zahlen haben. Die Versammlungen beantragten d. Arbeiterausflug, damit der Lohn wie bisher am 1. und 16. ausgezahlt wird. Durch Eintritt in ihrer Organisation haben sich die Paterenwärter einen Nebenvertrag, dessen Innehaltung aber von der Mehrzahl der unteren Belegschaften nicht gern gelebt wird. So wird von den Angestellten in einem Hauptversammlungstag, daß sie an ihrem Arbeitstage mit dem Leiter zum Appell erscheinen, obgleich der Arbeiterausflug schon vor einiger Zeit den He. zu Inspektor daraus aufzuheben gemacht hatte und von diesem auch Aenderung verordnet wurde. Die Versammlungen haben ihre Meinung darin kundtun, daß keinesfalls mit einer Beeinträchtigung ihres Arbeitstags einverstanden wird, sondern verlangen, daß auch die Begegnungen einzelner, welche jetzt noch stattfinden sollen, befreit werden. Schon früher hatten d. Paterenwärter in einer Petition gefordert, daß diejenigen, welche am Morgen den Dienst zu spät antreten, sich erst am Abend, aber nicht am Morgen desselben Tages, bei ihrem Kontrolleur melden können. Dieses wurde ihnen nicht bestilligt. Die Paterenwärter befinden aber an ihrer Fortdauer und beeinflussen den Ausschluß, Stellung zu dieser Sache zu nehmen. Jede Woche hat ein Teil der Paterenwärter einen Parcoursdienst. Dieses wollen die Versammlungen in den Sommermonaten befreit resp. eingehalten wissen. Der Arbeiterausflug wurde beauftragt, zu allen diesen Punkten Stellung zu nehmen und die vorhandenen Missstände aufzudecken.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Versammlung der Gemeindearbeiter tagte am 14. d. M. in "Stadt Wehlen". Gen. Krause batte das Referat übernommen, und sprach derselbe über: "Die jetzt wichtigste Lage". Er gewohnt sachlicher Weise führt er den Anwesenden vor Augen, wie die heutige gedrückte wirtschaftliche Lage alle Gewerbe, in Chemnitz vor allen Dingen die Metallindustrie, im Mitteldeutschland zieht und lastende von Arbeitern fast unfaßbar macht. Auch im Bau wird und in der Textilindustrie die Produktion im Rückgang begriffen; die Adelbarone dämmen schon wieder die Rohstoffpreise erhöht. Ein Zeichen der Zeit seien ferner auch die vielen Konkurrenz und Bautektrat. Der Referent streite dann noch besonders den Rat des Dresdener Kredit-Anstalt für Handel und Industrie, bei welchem namentlich wieder kleine Später bestreitig waren. Hauptstück ist, daß die Arbeitnehmer unter den Rohstoffproduktoren, und wird es ihre Sache sein, die wieder weit zu machen, sobald der Geldschwund ein hörbar wird. Es muß von manchem Arbeitnehmer jetzt als Glück betrachtet werden, bei der Stadt für 22 M. arbeiten zu dürfen. Niemand erhält eine Arbeit. Weiter wurde noch angeführt, daß im Mai Chemnitz die drückerste Stadt in Deutschland war.

In der Diskussion wurden verschiedene Überlebtheit zur Sprache gebracht. Der Bevölkerungsatz batte einen Oberintendanten dreifach eingeladen, der selbe war jedoch nicht erschienen, und mußten die Punkte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Nach einem kräftigen Schlusworte des Genossen Krause, die Organisation batte zu halten und alle persönlichen Streitigkeiten zu unterlassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Es ist noch hinzu zu legen, daß leider diese Versammlung nicht besonders gut besucht war, was in Abwehr der Wichtigkeit des Referats sehr bedauert werden muß.

**Magdeburg III.** Am 8. Juni tagte eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Filiale in Beyer's Volks, Knobenhauerstr. 27/28.

Bei Beginn der Versammlung wurden die Beiträge erhoben, worauf der Vorsitzende um 9 Uhr die Versammlung eröffnete. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und einem Kollegen, welcher seit längerer Zeit krank ist, 5 M. bewilligt worden, beschließt die Versammlung, in Zukunft keine Krankenunterstützung mehr zu gewähren, indem die Kollegen, welche auf Unterstützung im Krankengeld-Zuschußkasse restlosen, der Krankengeld-Zuschußkasse beitreten können.

Über den dritten Punkt der Tages-Ordnung: Be-  
schlussfassung über die Einführung der Arbeitslosen-  
Unterstützung, eventuell Gewährung von Sterbegeld an  
die Hinterbliebenen verstorbenen Verbandskollegen, wurde  
recht lebhaft debattiert. Es wurde allgemein die Richtig-  
keit und Zweckmäßigkeit beider Unterstützungswege an-  
erkannt, doch scherte die Annahme des ersten Pro-  
jektes an der Öffentlichkeit vieler Kollegen, die da  
glaubten, die 5 Pf. Extrasteuer pro Woche nicht zahlen  
zu können. Schließlich wurde folgende Resolution an-  
genommen:

Die heute in Bater's Votat tagende Mitglieder-  
versammlung der Filiale III erkenn die Notwendig-  
keit einer Arbeitslosen-Unterstützung an, ist aber  
leider infolge ihres kurzen Betriebs noch nicht in  
der Lage, eine derartige Unterstüzung einzuführen; diese soll aber dadurch erreicht werden:

1. daß wir die Kollegen überzeugen, daß eine Extra-  
steuer von mindestens 5 Pf. pro Woche not-  
wendig ist;
2. daß es leichter in 5 Pf. die Woche zu Gunsten der  
Arbeitslosen abzustufen, als bei einer eventuellen Arbeits-  
losigkeit ohne jegliche Unterstützung zu sein;
3. müssen wir die Kollegen davon überzeugen, daß  
es nicht richtig ist, sich gegen die Einführung einer  
derartigen Unterstüzung zu sträuben, weil sie  
glauben, es gäbe ihnen langjährigen Dienstzeit nicht  
arbeitslos zu werden;
4. haben die Kollegen in Erwögung zu ziehen, daß bei  
der deutlichen Produktionsweise nicht Alle in der  
gleichen Lage seien können, eine dauernde Arbeits-  
losigkeit zu haben, das aber moralisch verachtet  
würde, die arbeitslosen Kollegen in etwas milderer  
Form vor Not und Elend zu lägen.

Der Antrag auf Einführung eines Sterbegeldes  
wurde angenommen und folgender Satz festgelegt:  
Die hinterbliebenen erhalten Sterbegeld im Todes-  
fall eines Mitgliedes, wenn in jedem Jahre 50 Marken  
à 15 Pf. geleistet werden sind:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft . . . 10 Pf.

    " 2 " . . . . . 20 "

    " 3 " . . . . . 30 "

Weiter wurde beschlossen, am Sonntag, den 7. Juli,  
einen Ausflug zu machen. Das Bereisefest, Bürger-  
dalle des Herrn Bater, Knechenbaumer 27/28, ist als  
Sammelpunkt bestimmt, und zwar Morgens 7 Uhr; der  
Abmarsch findet um 7½ Uhr über Herrenkrug nach  
Biederitz statt.

**Mannheim IV.** Am 1. Juni trat die Mitglieder-  
versammlung der Filiale im Votat von Klein-Waldorf.  
Die Tagesordnung lautete:

1. Annahme neuer Mitglieder und Beitrags-  
erhebung
2. Bericht über die kombinierte Vorstandssitzung  
sämtlicher Zabstellen.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende Heckmann eröffnete Punkt 7 Uhr die  
Versammlung und erhielt dem Schriftführer das Wort  
zum Berleben des Protokolls der letzten Versammlung.  
Dasselbe wird für richtig befunden. Der erste Punkt war  
bereits vor dem Beginn der Versammlung erledigt. Der  
Vorliegende erstattete Bericht über die kombinierte Vorstandssitzung,  
welcher er als Hauptzweck die endlich erfolgte Be-  
festigung der drei Bereichsräte Altheim, Göttig und  
Griebel beschrieb, die ihr Posten als Vorsitzende der  
verschiedenen Zabstellen dazu benutzten, sich gegenseitig  
zu bestimmen und so die Uneinigkeit in den Zabstellen  
groß zu ziehen. Redner steht der Hoffnung ausdrück-  
lich, dass die städtischen Arbeiter Mannheims nunmehr un-  
abhängig von persönlichem Hass und Neid ihre Ziele ver-  
folgen können, was der Versammlung freudig auf-  
genommen wird. Hierauf findet die Vorstandswahl statt.  
Es werden gewählt zum

1. Vorsitzenden Kollege Richard Heckmann,
1. Schriftführer Karl Wiedemann,
1. Kassier Jakob Biles,
2. Vorständen Ernst Karl,

Brüder Kollege Karl Hildebrand, Jost.

zu Abteilungen die Kollegen Vogel und Jost.

Beim Punkt Berleben werden Rechenschaften aus  
dem Gewerbe Augsburg vorgebracht und dem Ausschuss  
beabsichtigt Weiterförderung an die Direktion übergeben.  
Hierauf schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Bischofsdorf.** In der Mitgliederversammlung der  
städtischen Filiale, welche am 4. 6. stattfand, referierte  
Genosse Jost über das Thema: "Das Recht zum Leben".  
Der Redner führte unter andern aus, daß bereits vor  
eitlichen tausend Jahren bei einem Volke, welches auf  
einer Insel im indischen Ozean lebte, das konstitutionelle  
Regierungssystem bestand, wo Jeder das Recht hatte an  
allen Aktionen mit zu raten und mit zu thaten. Der  
Gedanke, daß auch der Arbeiter ein Recht habe als voll-  
wertiger Mensch betrachtet zu werden, der ein Recht  
beanspruchen darf, bei Erhaltung seiner Lohn- und  
Arbeitsbedingungen mit zu reden, greift in neuerster Zeit  
weich und mehr bei dem Internelementum Platz. Redner  
hörderte sodann die sozialpolitischen Maßnahmen des  
Fabrikbesitzers Freie-Berlin und die eines englischen  
Fabrikbesitzers, James Tb. Moore, welche letzterer circa  
7000 Menschen beschäftigte, für die er selbst Wohnraum  
errieth habe und die auch an dem Gewinn des Unter-  
nehmens teilnehmen. Redner huldigte man im Allge-  
meinen noch dem Grundzügl, daß nur die besser Stützten  
die obersten Gebäudefürsten seien zu berichten und  
zu beschließen. Die Zuschlüsse des Referenten wurden  
mit lebhaften Beifall aufgenommen. Nunmehr wurde die  
Frage diskutiert: Wie stellen sich die Kollegen zu der  
Erlangung eines eigenen Büros und zur Anstellung  
eines eigenen Beamten für die Berliner Filialen und Umgegend?  
Nachdem Genosse Jost auf die bedeutenden  
Vorteile hingewiesen, welche durch die Anstellung eines  
besondern Beamten den Berliner Filialen erwachsen,

erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß  
Vorläufer oder später das Projekt verwirklicht werde. Weiter  
gab die Versammlung dem Antrage statt, daß außer-  
ordentliche Versammlungen vorher durch die Gewerkschaft  
den Mitgliedern bekanntgegeben werden sollen. Nur ein  
einheitliches planmäßiges Vorzeichen bei Lohnforderungen u.  
zu ermöglichen, sollte für jeden jährlichen Betrieb eine  
Kommission gebildet werden, welche die nötigen Vor-  
arbeiten zu erledigen hat.

Nach einem Hoch auf die moderne Arbeitersbewegung  
wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

## Aus den Gemeinden.

**Das Berliner Stadtverordneten - Collegium**  
stimmte in seiner Sitzung vom 13. Juni folgenden An-  
trägen zu, die ebenfalls vor dem Ausschluß zur Regelung  
der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter  
unterbreitet wurden:

1. darüber zu warnen, daß da wo in den städtischen Be-  
trieben noch keine Arbeitsauskünfte bestehen, solche  
eingeführt werden, und Bestimmung zu treffen, daß  
allen großzügigen Arbeitern die Wahlberücksichtigung  
(das aktive Wahlrecht) und allen Wählenden Ar-  
beitern, welche mindestens drei Jahre im Betriebe  
stehen, die Wahlstättlichkeit (das passive Wahlrecht)  
zuerkannt werde;
2. Vorlebungen zu treffen, daß die Arbeitszeit in den  
städtischen Betrieben — mit Ausnahme der Land-  
wirtschaft — in welchen jetzt noch eine längere  
Arbeitszeit besteht, in der Regel zehn Stunden täglich  
(einschließlich der Arbeitspausen) nicht übersteigen darf;
3. a) auch den Chauff.-arbeitern, Hilfs-Bürodenau-  
gängern und Steindarstellern einen Min-  
imal-Stundenlohn von 35 Pf. zu gewähren;  
b) für die Koblenzkarre, Bahn- und Kanalarbeiter  
im Bereich der Kanalisation- und Industriebetriebe  
Bestimmung ebenfalls den Minimal-Tag lohn  
auf 3,50 Pf. festzulegen und noch 4 Jahre  
3,75 Pf., nach 8 Jahren 4 Pf. zu gewähren,  
und auch bei dem Bau von Wasserkünsten und  
der Ausführung von Hausbauarbeiten be-  
schäftigten Arbeitern im Winter, sowie für  
wegen kürzerer Arbeitszeit nicht auf 3,50 Pf.  
kommen sollten, wenigstens 35 Pf. pro Stunde  
zu gewähren und für die Arbeiterarbeiter  
durchweg 3,50 Pf. Minimal-Tagelohn festzu-  
legen;
- 4) auch für die Markthallen-Arbeiter 3,50 Pf.  
(statt 2,75) als Aufgangslohn zu normieren;
- 5) im Bereich der Bahn- und Schloßhofs Be-  
waltung auch für Rammen und Anstreichen  
35 Pf. Stundentaglohn zu zahlen, den voll-  
zähligen Dekontaktarbeiten, Schlachthof-  
und Martinkompetitions-Arbeitern 3,50 Pf.  
Anfangslohn zu geben;
6. Überstunden sowie Sonntags- und Nacharbeit, die  
nicht arbeitsplanmäßig ist, mit entsprechend höheren  
Löhnen, soweit es nicht bereits geschieht, zu be-  
zahlen, und
7. der Faustklo eines nach dreijähriger Tätigkeit zu  
Landwirkelebungen eingerichteten städtischen Arbeiters  
zu den rechtsgelegenen Unterstützungen einen Zuschuß  
auf die Höhe des regelmäßigen Tagelohns zu ge-  
währen.

Wir vermissen bei diesen vom Stadtverordneten  
Collegium akzeptierten Anträgen den Antrag betreffs der  
Weitergabe eines 6 Pf. Lohnes in Krank-  
heitsfällen, welche der Ausschluß annimmt. Ob das  
auf irgend ein Verleben des Ausschusses oder des Be-  
richterstatters zurückzuführen ist? Wenn wir auch nicht  
abstimmen wollen, daß diese Beschlüsse immerhin einen  
Zugeständnis doch kennzeichnen. Abgesehen davon, daß  
eine ganz wenige Arbeiter Lohnzusage erhalten, fehlt der  
ganzen Vorlage jeder grobe Gesichtspunkt. Nichts von  
einer generellen Regelung der ganzen Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse, durch die sich die ganze Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse, so ausgedehnt, ist zu verstehen. — Wir  
werden voraußichtlich noch auf die ganze Angelegenheit  
eingehend zurückkommen.

**Regelung der Arbeitsverhältnisse der Stadt-  
arbeiter für Freiburg i. Br.** Der Bürgerausschuß  
von Freiburg i. Br. hatte am 14. Mai 1900 die  
Sitzungen genehmigt, wodurch die Rechtsverhältnisse der  
etwa 200 — Stadtarbeiter, ihre Anstellung, Ent-  
lastung, Dienstleistung, Penitentiär und sonstige  
Verpflichtung in einer den Grundlagen des Beamtenrechts  
nachgebildeten Weise geordnet worden sind. Nach der  
Vorlage des Stadtrates an den Bürgerausschuß über  
die Revision der Dienst- und Gehaltsordnung für die  
städtischen Beamten, das Ratsstatut über die Verhältnisse  
des geläufigen Polizeiwechsels und die Regelung der  
Lohnverhältnisse der Stadtarbeiter Freiburg i. Br.  
G. & C. Wagner's Universität. Buchdruckerei 1901 folgt.  
50 Seiten folgen die Arbeiter der beiden Vobratzen in  
fünf Abteilungen vom Mindest- zum Höchstlohn auf  
die Erhöhung treten im 2., 5., 8. und 13. Jahr zu-  
rück bleibt dann noch immer die Möglichkeit des Auf-  
rädens in eine höhere Vobratze. Die höchste Vobratze  
bildet die selbständig arbeitenden Handwerker, deren  
Tagelohn von 4 bis 4,90 Pf. wächst, die niedrigste  
(VII.) Klasse ist die Unterklass der Strafanleiter, Gleis-  
reiniger, Gartenarbeiter, Anlagenreiniger und Änderer,  
die 2,50 bis 8 Pf. erhalten. Dazwischen liegen die  
Stufen von 2,75 bis 3,25 Pf., 3 bis 3,50 Pf., 3,25  
bis 3,80 Pf., 3,50 bis 4,10 Pf. und 3,75 bis 4,40 Pf.  
Die Stufen sollen die Rücksicht, wenn auch nicht ab-  
solute Regel bilden. Zur Vereinigung eines Stadtarbeiter  
in eine höhere Vobratze und zur Gewährung eines  
höheren als des Anfangslohnes ist die Zustimmung des

Stadttrabes einzuholen. Erwäge durch die neuen Tarife  
bedingte Lohnniedrigungen sollen bei im Dienst befind-  
lichen Personen nicht eintreten. Bis zum Jahre 1900  
einstellig können sechs schon vollendete Dienstjahre  
angerechnet werden. Im Ganzen bedeutet diese Regelung  
eine Lohnauflösung, die in einem Umfang auch auf  
die minder leistungsfähiger und gebrechlichen Arbeiter,  
die in die Vobratzen nicht eingehen, ihre Rück-  
wirkung übt. Sie werden künftig 2,50 bis 2,75 Pf. er-  
halten.

Soziale Praxis.

**Die Regelung der Löhne der städtischen  
Arbeiter in Graz.** In der Sitzung des Grazer Ge-  
meinderates vom 29. Mai wurde beschlossen, von 1178  
der Gemeinde beschäftigten Arbeitern im Winter 1902  
mit einer Lohnverbesserung von durchschnittlich mehr als  
16 Heller täglich und im Sommer 418 mit einer Lohn-  
erhöhung von nicht ganz 82 Heller täglich zu bedienen.  
Der Gehaltsaufwand, der hierdurch der Gemeinde er-  
reicht, belief sich im Jahre auf 19.181 Kronen. —  
Zwei weitreichende Anträge wurden mit großer Mehrheit  
abgelehnt und ebenso wurde wegen der Beschränkung der  
eingehenden Arbeitern von der Einführung einer Arbeits-  
ordnung abgelehnt.

Soziale Praxis.

**Auf die Petition, welche die Arbeiter der Revier-  
infektionen im März d. J. an die Direktion der  
industriellen Berliner Gaswerke sandten, ist denselben fol-  
gender Bescheid zugegangen:**

Berlin, den 2. Mai 1901.

Auf die Eingabe des in den Revier-Infektionen  
der industriellen Gaswerke beschäftigten Arbeiter u.  
vom 28. März d. J. erwidern wir Ihnen Fol-  
gendes:

Für die Angemessenheit der Löhne ist der  
Stand des Arbeitsmarktes erachtungswürdig ein  
sicherer Maßstab. Wir sind aber in der Lage, zu  
denjenigen Lohnsätzen geeignete Arbeiter u. in hin-  
reichender Anzahl zu erhalten. Einem Stück Lohn-  
erhöhung zu bewilligen, können wir daher nicht  
anerkennen.

Was die Arbeitsmärkte anbelangt, so entspricht die  
gegenwärtige Regelung sowohl den Interessen des Publikums  
als auch den Interessen des Betriebes. Wir können daher die Arbeitszeit nichtkürzen, ohne  
deides zu schädigen. Die Arbeitszeit von zehn  
Stunden ist auch, wie eine vierjährige Erfahrung  
gelehrte hat, keineswegs geeignet, die Gesundheit der  
Arbeiter zu beeinträchtigen, vorausgesetzt, daß die-  
selben mit normalen Kräften und Gewandtheit  
zutande in den Dienst der Gaswerke getreten sind.

Es ergibt sich schon daraus, daß eine erhebliche  
Anzahl unserer Arbeiter seit 10—11 Jahren  
ununterbrochen im dienten Betriebe in Arbeit  
steht.

Auch die Zahlung von Wochenlöhnen sind wir  
nicht zu bewilligen in der Lage, da die Art der  
Arbeit von Tag zu Tag wechselt. Tagelöhne, welche  
wöchentlich angepult werden, sind unter diesen Um-  
ständen der allein angemessene Zahlungsmodus.

Die Frage eines zu gehörenden Sommer-  
urlaubes wird zur Zeit von den städtischen Bedörfern  
auf Antrag der unterzeichneten Direktion mit Rücksicht  
auf sämtliche städtischen Arbeiter behandelt, so  
dag die dieselbe hier außer Betracht bleiben muß.

Sie wollen von Vorsitzendem die Mit-  
unterzeichnung der Petition vom 28. März d. J. in  
Kenntnis setzen.

Fürst. Schimming.

An den  
Herrn G. Ettemann  
Berlin  
Satzwederleiter 6.

**Von den Freuden der vernomöglichen Auf-  
wiegler.** Der Vorstand unseres Verbandes sollte be-  
richten den Streit der Charlottenburger Gasarbeiter  
nicht billigen, da man weder seine Zustimmung eingeholt  
hatte, noch die geringsten Gewinne für eine stegende  
Bewilligung derselben vorhanden waren.

Dag nun der Verbandsvorstand nicht ohne Weiteres  
dumm Dumm als große Geldentlastung anerkennen will,  
dat den Vorstand der Charlottenburger Filiale in einem  
Zustand versetzte, der nicht gut zu schätzen ist. In einem  
Schreiben an den Verbands-Sekretär, in dem er die  
Beschaffung des Verbands auf das bestreite, behauptet, dat  
es unter Anderem bestreitlich des Verbands-Sekretärs: "Sie sind in meinen Augen ein  
Schwindler und ein altes Weib." — Und da rede noch  
jemand davon, dat die Stellung eines vernomöglichen Aufwieglers nicht zu den angemessnen Errichtungen gehört,  
die unsere heutige Gesellschaft aufzumachen hat.

**Der Oberbürgermeister als Vertreter des  
Unternehmers.** In d. r. legten Stadtrats-Sitzung  
in Düsseldorf interpellierte der Stadtrat Dr. Becker  
den Oberbürgermeister wegen der Regierung eines  
Straßenabwasserbaus. Dieser Schaffner war bei Haniel u. Vieg, wo er beauftragt gewesen, entlassen worden.  
Weil er in öffentlichen Versammlungen zur Sprache ge-  
bracht hatte, daß ein Meister in der Fabrik einen Arbeiter  
in einen Stock in den Räumen schwer verlegt hatte.  
Der Meister wurde trotz dieser Robheit nicht entlassen,  
weil der Arbeiter der die Rente geblieben.  
Nachdem hand der Entlassung Beschäftigung aus der Straßen-  
abwasser, wurde aber nach 1½ Tagen schon entlassen, und  
zwar, wie es die auf Bezeichnung der Firma Haniel u. Vieg, und weil er Mitglied des christlichen Straßen-  
abwasser-Verbands war. Der Interpellant erklärte, die  
Begleitungen zu einem Verband durfte nicht der Grund  
der Entlassung sein, denn das sei ein Verbot gegen die  
gerechte Bestimmungen. Begeordneter Ettemann  
gab die Erklärung ab, daß der entlassene Arbeiter nicht  
wegen seiner Zugehörigkeit zum Verband oder aus An-  
sichten der Firma Haniel u. Vieg entlassen worden sei,

fördern weil er sich zum Straßenbahnschaffner seines freien Aufstrebens dem Publikum gegenüber nicht geeignet habe. Das hatte sich also innerhalb 1½ Tagen schon herausgestellt. Zu dem Punkt dünktete sich der Oberbürgermeister Dr. Marx in folgender Weise: Er sei gegen derartige Erörterungen, weil sie aus Gründen der Disziplin nicht erlaubt sind. In öffentlichen Stadtratssitzungen darf nicht über Anstellung oder Entlassung niedriger Angestellter diskutiert werden, er erwarte, daß dies ein Ausnahmefall sei. Übergehend zu dem Fall bei der Firma Hauel u. Lüg ist er der Meinung, der Heimatpunkt des Unternehmers sei gerechtfertigt. Eine Nachvollkommenheit der Industriellen den Arbeitern gegenüber sei am Platze, sonst sei das Blühen und Geleben der Industrie in Frage gestellt.

Eine merkwürdige Sichtung, die die der Leiter eines großen Gemeinwesens einnimmt.

**Den Gasarbeitern Bremens** sind nun endlich einige Zugründungen bezüglich ihres Verdienstes gemacht worden. Nach Südbürger Tötting soll zufolge jeder Arbeiter eine tägliche Zulage von 10 Pf. erhalten, nach 5 Jahren 20 Pf., nach 8 Jahren 30 Pf., nach 10 Jahren 40 Pf. und nach 12 Jahren 50 Pf. Werden seines Dienstleistens nach 12jähriger Dauerkeit mit Holzarbeit beschäftigt, wenn sie den Dienst im Feuerbau nicht mehr leisten können, so sollen für einen Tagessatz von 40 Pf. erhalten. Ein nicht unerheblicher Theil der Arbeiter erhält durch diese Neuregelung weniger als seine Lohnausbeute, da die bestehenden Preisen noch nicht das notwendige Dienstalter erreicht haben.

### Gerechtiges.

**Die Verbandskollegen Roppis und Meier** hatten sich zunächst vor dem Charlottenburger Stadiongericht wegen Verzögern gezeigt; § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Sie sollten das bestehende Verzögern gelegentlich des Charlottenburger Gasarbeiter-Strafes begangen haben. Roppis u. Meier wurden jedoch freigesprochen.

Wie wir in Erfahrung brachten, soll der Betriebsingenieur Hesse die Anklagen vertragen haben. Das in allerdingen diesem Herrn zuwarten; zu seinem Neustall gestatten wir uns ihm herzlich zu gratulieren.

### Lezte telegraphische Nachrichten.

**Berlin.** Das Berliner Stadtratsschulden-Kollegium lehnte die Errichtung eines Wohnungsamtes ab. Man will zunächst die Erbautungen abwarten, die Voraussetzung mit dieser Errichtung machen wird!

— **Stadtrath Rambau** soll seit einiger Zeit im Schatz an sichreitenden Träumen leiden. Vorlegte traurig er, daß er der Vater der südländischen Gasarbeiter sei und wie ein solcher für diese sorgen müßte. Er meint, daß diese Träume ein Bild von oben seien, und daher bemüht er sich unablässig, für die Verbesserung der Lage der Berliner südländischen Arbeiter zu wirken. Hierdurch daß er sich eine solche Überanstrengung aufzugeben, daß er laut ärztlicher Anordnung ein Bad aufsuchen muß.

### Verfassungs-Anzeiger.

Willen, die ihre Versammelungen regelmäßige an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Maßregel freigehalten werden. — Versammlungen können nur ausnahmsweise beruhigungsmaßnahmen unterliegen.

**Berlin I.** (Königl. Müllerstraße.) Montag, den 16. Juli. Bei Horst, Bremerstr. 100. Abends 8 Uhr. Dienstag, den 9. Juli.

**Berlin II.** (Königl. Mühlstraße.) Dienstag, den 2. Juli. Sonntags 10 Uhr. Abends 7 Uhr.

**Berlin III.** (Normalisations-Arbeiter.) 29. Juni. Abends 20 Uhr.

**Berlin IV.** (Wasserwerks-Arbeiter.) Am 18. jeden Monats bei Wulff, Kreuzstraße 22.

**Berlin V.** (Gefangene.) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Stellmacher, Stadtstaatsstr. 3. Abends um halb 7 Uhr.

**Berlin VI.** (Werkbundmitglieder.) Jeden Sonntag nach dem 15. bis Monat bei Bong, Dragonerstr. 16. Nachmittag halb 6 Uhr.

**Berlin VII.** (Arb. und Schlossarbeiter.) Jeden Dienstag nach dem 15. bis Monat im Brauhaus Alter 174.

**Berlin VIII.** (Arb. und Schlossarbeiter.) Sonntags nach dem 15. bis Monat im Gasthof "Zum kleinen Koblenzer".

**Berlin IX.** (Arb. einer der Reiner-Institutionen etc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bis Monat, Kreuzstr. 40. Abends 8 Uhr.

**Berlin X.** (Arbeiter des Höreninstitutes der Wasserwerke.) Alle Sonnabend nach dem 15. jeden Monats.

**Berlin XI.** (Stenographen.) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats. Abends 8 Uhr. Unterg. 100, "Generalitätsgebäude". 1 Kreuz. Sonntags 10 Uhr.

**Berlin XII.** (Arbeiter der nördl. Fleischfeilerei.) Jeden Sonntag nach dem 15. in Weihenstephan, Krambühlerstraße bei Wollring, Nachmittag 2 Uhr.

**Berlin XIV.** (Stenographen.) Jeden Donnerstag nach dem 15. Abends 8 Uhr. Bei Wulff, Kreuzstraße 22.

**Bremen.** Am 2. Dienstag jeden Monats im Bremischen Rathaus. Abends 8 Uhr. Bei Wulff, Kreuzstraße 22.

**Stuttgart.** Mittwochs-Versammlung, Jeden Mittwoch im Monat, Sonnabend 10 Uhr. Abends 1. Montag im Monat, Abends halb 7 Uhr in der Uhrgasse.

**Magdeburg I.** (Gasarbeiter.) Jeden Sonnabend nach dem 16. bei Lüttich, Rossmarkt 96.

**Magdeburg III.** Jeden 1. sonnabend im Monat, Strohschauerstr. 27-28. Abends 8 Uhr.

**Mainz.** Jeden Sonntag im Monat, Rademichstr. 48. Abends 8 Uhr.

**Frankfurt am Main.** Jeden Sonntag im Monat, Rademichstr. 48. Abends 8 Uhr.

**Wiesbaden.** Jeden Sonnabend im Monat, Rademichstr. 48. Abends 8 Uhr.

**Worms.** Jeden Sonnabend im Monat, Rademichstr. 48. Abends 8 Uhr.

**Heidelberg.** Jeden Sonnabend im Monat, Rademichstr. 48. Abends 8 Uhr.

**Stuttgart.** Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 8 Uhr Abends.

**Schmargendorf.** Am 13. Juli in Schmargendorf, Auguststr. 3 bei Evers.

### Grieskassen.

**Pöhlmann.** Wir bitten, von der Veröffentlichung Ihrer Anzeige auf die Abstand zu halten. Einmal

ist das Vorkommen von nur geringer Bedeutung, daß solche Dinge oft wohl täglich eintreten und andererseits lassen sich derartige Personen doch nicht belehren. Gruß B. P.

**Bau- und Sparverein**  
der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. G. G. m. b. H.

Zur Entgegennahme von Beiträgen, wie Spar-

gelder haben wir folgende Zahlstellen errichtet:

**Gruselstr.** 66 bei Hiltner.

**Salzwedelerstr.** 6 bei Littmann.

**Wafewalkerkir.** 3 bei Bergmann.

**Treskowstr.** 38 bei Pinner.

**Weinstr.** 28 bei Spaeth.

**Forndorferstr.** 9 bei Steinaß.

**Muskauerstr.** 31 bei Wildgrube.

**Gottlobstr.** 33 bei Görlitz.

**Kurzingerstr.** 14 bei Torgte.

**Hilmerstr.** 36 bei Henne.

**Calmstr.** 36 bei Richter.

**Charlottenburg.**

**Heselheimerstr.** 11 bei Bartsch.

**Honabüdderstr.** 4 bei Simpel.

**Friedrichshberg.**

**Frankfurter-Allee** 174 bei Panten.

**Friedrichshagen.**

**Bahnadorferstr.** 28 bei Mewes.

**Riedorf.**

**Neuebedörferstr.** 113 bei Müntzer.

**Wilmersdorf.**

**Brandenburgsche Str.** 115 bei Borysch.

Dortzu werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

**Spargelder** werden mit 2½ pf verzinst.

**Der Vorstand.**

Bruno Poersch, E. Damm.

**Adressen-Verzeichnis**

der Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse.

**Berlin I.** (G. A. Müllerstr.) Otto Haberer, Stephanstr. 49, Querstr. II.

— **Ia** Zählstr. Berlin (G. A. Danzigerstr.) A. Hottas, Görlitzerstr. 17, v. I.

— **Ia** Zählstr. Weizenstr., Fr. Grodolt, Neu-Weizenstr., Steinitz, 128, I.

— **Ib** (G. A. Guttmannstr.) P. Großer, Liegnitzerstr. 40

— **VII** (Vatermann) B. Wagner, Eisenacherstr. 84.

— **VIII** (Arb. d. Schlach- u. Biebolds) H. Tropper, Thaerstr. 22, 4. Tr.

— **VIII** (Arb. d. Robbenpl.) A. Lehmann, Koppenstrasse 98, v. III.

— **IX** (Arb. d. Reb.-Insp.) G. Littmann, Salzwedelerstrasse 6.

— **X** (Arb. d. Röhrmühle) W. Kürth, Marienburgerstr. 3, a.

**Bremen.** B. Kirchhof, Landwehrstr. 81.

**Cannstatt.** A. Richter, Pfarrstrasse 8.

**Chemnitz.** M. Reitschmar, Erdmannsdör. 5.

**Fürth I.** Bayern. G. Schmid, Erlangerstr. 65.

**Hamburg.** H. Stein, Eppendorf, Norderortstr. 189, II. Garvensche.

— **IV.** Willi, Kurvenstr. 17.

**Leipzig.** M. Burkhardt, Connewitz-L. Kochstr. 134, IV.

**Ludwigshafen a. Rh.** H. Regel, Friedebergerstr. 19.

**Magdeburg I.** H. Degele, Neuer Heinrichstr. 29.

— **III.** Fr. Degele, Neuergrap. 2.

**Mainz.** A. Heermann, Adalbertstr. 1.

**Münchheim I.** P. Nordbach, Schloßhofstr. 2.

— **II.** H. Bauer, 14. Querstr. 57.

— **IV.** W. Rothel, H. 4. 22.

**Nürnberg.** P. Hartl, Neuer Mögeldorfstr. 18.

**Perforheim.** G. Baumann, Günterstr. 37, II.

**Uebertor.** H. Wulke, Schönenfeldstr. 19, Hof II.

**Schmargendorf.** G. Schröder, Deutsch-Wilmersdorf, Wittenbergsplatz 87/89.

**Stuttgart-Haiburg.** H. Schmid, Hauptstr. 165.

**Stuttgart-II.** G. Küdeder, Heslach, Ritterstr. 5.

**Gekanntmachung.**

Den Mitgliedern der Krankengeld-Zuschußkasse bringen wir hiermit nochmals die statutarischen Bestimmungen über die Empfangsberechtigung

von Krankengeld im Erinnerung.

§ 4, Abs. b des Statuts besagt: Voraussetzung für die Empfangsberechtigung der genannten Unterstützung ist, daß der Erkrankte mit seinen Beiträgen für den Verband der Gemeindearbeiter nicht länger als sechs Wochen und mit den Beiträgen für die Zuschußkasse nicht länger als vier Wochen im Rückstande ist.

Die Geschäftsführer der Zuschußkasse werden ermahnt, bei der Bezahlung von Kranken Unterstützungen streng die Bestimmungen des Statuts zu befolgen. Die Unterstützung wird vom 1. Tage der Krankheit an gewährt.

**Der Verbands-Vorstand.**  
3. A. Br. Damm.

### Gekanntmachung.

für Hamburg (ganzes Staatsgebiet), Altona, Wandbeck, Wilhelmshöhe und Harburg a. Elbe dabei wie vom Genossen

**Heinrich Bürger, Hamburg,**

Wolmannstr. 24

die Geschäfte eines Organisations-Sekretärs überträgt.

Die Kollegen dieses Organisationsgebietes wollen sich in allen Organisations-, Versammlungs- und besonders auch in Beschwerde- und Petitions-Angelegenheiten, sowie in Wohn- und Befreiungsfragen etc. an unseren Sekretär wenden. Sprechst: Sonnabends, Sonntags und Montags 8-9 Morgens und an den übrigen Wochentagen 6½-7½ Uhr Abends.

Freunde bitten wir unsere Mitglieder und Freunde, den Genossen Bürger in seinen Versammlungen im Interesse der Ausbreitung unseres Verbandes nach besten Kräften zu unterstützen.

Die eigentlichen Verbands- und Kassengeschäfte liegen nach wie vor in Händen des bisherigen Vorstandes.

Filial-Vorstände: O. Dwenger, Stresemannstr. 78, H. 2, III. Filial-Kassier: O. Barow, Billbörner Ahrendamm Nr. 246, III.

Berlin, den 1. Juni 1901.

**Der Verbands-Vorstand.**

3. A. Br. Poersch.

### Herzlichen Dank

lange ich hiermit allen Arbeits- und Verbandskollegien, die mich aus Anlaß meines 25-jährigen Dienstjubiläums auf so vielseitige Weise beglückt und geehrt haben.

Tegel, im Juni 1901.

**Wilhelm Liesegang.**

### Glyptum, Festsaale und Garten

Landsberger Allee 4041. Ecke Peter-Bötzinger-Straße.

**Hannabend, den 20. Juli 1901**

**• 3. Stiftungs-Fest •**

der Filiale Berlin III (Wasserwerksarbeiter).

**Große Theater-Vorstellung.**

Um 12 Uhr: **Gassepanne.**

Anfang 8 Uhr.

**Ende?**

Herren-Billet 50 Pf. Damen-Billet 30 Pf.

Die beiden Glyptum-Festsaale, Berlin, Egelsberg sind hiermit ganz befüllt eingeladen.

Billets sind bei dem Kästner W. Wegner, Berlin, Immanuelkirchstr. 14, zu haben.

**Der Vorstand.** Berlin III.

**Ladewig's Bier-Stube**

Kommandantenstr. 65.

**Vorzügliches Weiß- und Bärlisch-Bier.**

Vereinszimmer für 40 Personen.

**Gram.illard.**

Gabstelle der Greten Volksschule.

# ZEITLEXIKON

registriert alles, was auf den Gebieten der Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaften, Literatur, Kunst, Theater, Musik, Technik, Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft, Gewerbe, Militärwesen, Marine etc. an bedeutendem und wissenschaftlichem Wert ist.

Monatlich ein Heft.

Preis jedes Hefts 1 Mark.

Das Jahrbuch ist durch alle Buchhandlungen zur Absicht zu erhalten.

auch direkt von der

Deutschen Verlags-Gesellschaft in Stuttgart.

Berlin. Redakteur: Dr. Poersch, Berlin, Winterfeldstr. 26. — Druck von Maurer & Dimmick, S. Voitzen-Hellert.

# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 18.

Berlin, den 30. Juni 1901.

5. Jahrg.

## Das Charlottenburger Gewerkschaftskartell contra Verbands-Vorstand.

Zwischen einzelnen örtlichen Gewerkschaftskartellen und den Zentral-Vorständen gewerkschaftlicher Verbände ist es schon wiederholt zu Differenzen gekommen. Die örtlichen Kartelle wollten wiederholt in Streitfragen bestimmen eingreifen, was sich die Zentral-Vorstände verbaten, indem sie behaupteten, daß dieses Recht ihnen einzig und allein zustehe. Der Standpunkt der Zentral-Vorstände ist dann auch tatsächlich der richtige. Die örtlichen Kartelle sind am allerwenigsten dazu geeignet, in Streit- und Kostenwegungsfragen bestimmend einzutreten. Schon die bloße Thatache, daß sie sich aus allen möglichen Berufen zusammenfügen, macht sie unzulängig in speziellen beruflichen Fragen, das Richtige zu treffen. Dann aber kommt hinzug, daß vielen Kartellen jeder stabile Charakter fehlt. Ihre Mitglieder wechseln beständig, besitzen daher auch auf dem Gebiet des Lohnkampfes wenig praktische Erfahrungen und sind deshalb ungeeignet, Geschäfte von bedeutender Tragweite in Bezug auf Streiks zu fassen. Vergessen wollen wir ferner nicht die bedeutenden Kräfte in den Kartelle hineinfüren, sondern diese Sache als gleichermaßen bedeutungslos betrachten und daher oft Personen mit der Vertretung beauftragt, die zu anderen Zeiten nicht besonders qualifiziert sind.

Anders liegt die Situation bei den Zentral-Vorständen. Diese besitzen einmal die nötigen Branchenkenntnisse, sieben mehrere lange Jahre an der Spize der Organisation, verfügen daher über die nötigen praktischen Erfahrungen und haben vor Allem die Verantwortung für alle Vorstandsmitglieder innerhalb ihres Verbandes zu tragen. Deshalb entscheidet auch der dritte deutsche Gewerkschaftskongress, daß nur die Zentralvorstände über die Maßnahmen des Streiks zu bestimmen haben. — Einige Kartelle können sich damit aber nicht zufrieden geben, sondern versuchen immer wieder von Neuem ihr Näschen in derartige Angelegenheiten hineinzulecken. Meistens leisten diese Kartelle auf dem Gebiet jener Aufgaben, die den Kartellen zugewiesen sind, so gut wie gar nichts; bricht aber einmal ein Streik aus, dann beginnt auch bei ihnen das Leben. Man lädt sich jetzt als geborener Heldbett, schadet ungebührlich Klug und rüft die dummen und kurzlebigen Zentral-Vorstände ab. — Auch das Charlottenburger Gewerkschaftskartell läuft sich längst das Bedürfnis zu haben, seine Ersatz der Öffentlichkeit mitzuteilen. — Einantritt stellen die bei uns organisierten Charlottenburger Gasarbeiter im April d. J. die Arbeit ein. Unter Streikreglementen schreibt nun vor, daß an Streiks nie eher gedacht werden darf, bevor nicht alle städtischen Initiativen bezüglich der vorliegenden Differenzen angegangen wurden und daß ferner vor Allem die Genehmigung des Zentral-Vorstandes zu einer Arbeitsentlassung eingeholt werden muß. Weder die eine, noch die andere Bestimmung haben die Charlottenburger Streikenden beachtet, sondern waren mittun von der Arbeit weg in den Ausstand gerettet. Der Verbands-Vorstand konnte daher auch den Ausständigen die statutarisch festgelegte Streikunterstützung nicht bewilligen. Mit Mühe auf das durch den unüberlegten Schrift vordergerufen. Endlich forderte der Verbands-Vorstand jedoch die Verbandsmitglieder auf, durch freiwillige Sammlungen für die Unterstützung der Ausständigen Sorge zu tragen. Es kann dann auch um 1900 M. für Unterhaltung gezaubert werden. — Das Charlottenburger Gewerkschaftskartell fühlt sich nur berufen, die Stellungnahme des Verbands-Vorstandes anzutreten und zu verurteilen. — Wie kommt das Charlottenburger Kartell zu dieser Annahme? Welche Maßnahmen vor dem Streik treten, dieses ist einzig und allein in unserer Sache. — Doch nicht genug damit. Einige Tage nach dem erwähnten Vorstand verlangt der Vorsitzende des Charlottenburger Kartells auch noch, daß wir ihm die Streitlinien zustellen, um feststellen zu können, ob unsere Angaben bezüglich der länderlichen Führung derselben auch wirklich der Wahrheit entsprechen. — Platzt schließlich vor dem Vorsitzenden, daß wir uns eine Einigung in unserer Angelegenheit verboten. — Da das Charlottenburger Kartell nun wahrscheinlich wenig Stoff zur Erörterung hat, so beschädigte es sich noch einmal in einer Sitzung mit uns. — Man sahte schließlich eine Resolution, welche das Schreiben des Verbands-Vorstandes betreffs der Einigung entschieden missbilligt und als überhoben bezeichnet.

Jedes Thürchen will sein Bildchen. Auch das Charlottenburger Kartell schien einmal die Freude in seinem Leben besitzen zu wollen, jemand rütteln zu können, wenn es, nebernd bemerkte, auch gar kein Recht dazu bat. Doch schon der alte Plato sagt: „Alle die das Nobile ihm ihm es aus Unwissenheit“. Würde das Charlottenburger Kartell sich über seine Kompetenz freuen, so würde es wahrscheinlich derartig, und belüftigende Dinge unterlassen. Hingegen giebt auch das Charlottenburger Kartell baldigst einmal Wille, sich wider über seine Aufgaben klar zu werden und jetzt dann seine Näschen nicht wieder in Sachen bringen, die ihm gar nichts angehen. Es würde dann seine Zeit zu etwas Nutzlichem verwenden können und unsere nicht unndividig beanspruchen.

Der Verbands-Vorstand sah sich infolge der geschilderten Vorstandsverantl. zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Er präzisierte seinen Standpunkt durch einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Der Verbands-Vorstand weist die Annahme des Charlottenburger Gewerkschaftskartells, sich in seine Maßnahmen bezüglich des Charlottenburger Gasarbeiterstreiks einzumischen zu wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Nach den statutarischen Bestimmungen des Verbandes und den Beschlüssen des dritten deutschen Gewerkschaftskongresses ist demnach die Annahme des Charlottenburger Kartells, solche Rechte, wie sie das Charlottenburger Kartell zu besitzen glaubt, den Kartellen nicht zu. Deshalb bleibt der Verbands-Vorstand der Hoffnung Ausdruck, daß zukünftig das Charlottenburger Kartell sich nur in dem Rahmen jener Aufgaben bewegen wird, die den Kartellen zugewiesen sind. Hiermit betrachtet der Verbands-Vorstand diese Sache für erledigt.“

## Vorsicht bei Lohnkämpfen.

In den letzten Wochen sind, so schreibt Richard Galwer, einer der besten Kenner des Arbeitsmarktes, in der „Leipziger Volkszeitung“, eine Reihe Ausstände begonnen worden, die bei ihrem Anfang auch schon wieder verloren waren.“ Die Arbeiter stellten zwar ziemlich allgemein und geschlossen die Arbeit ein, aber die Leistungen der Betriebe hatten in Verlauf weniger Stunden sowohl Ertragkräfte, als sie überaupt brauchten, und konnten aus diesem Grunde den Betrieb in vollem Umfang aufrecht erhalten. Woher kommt es nun, daß trotz eines solchen vorausichtlichen Misserfolges die Arbeiter doch in den Ausstand treten? Es soll zugegeben werden, daß in den Fällen, die wir im Auge haben, aber nicht namentlich anzuführen wollen, der Streik sich infolfern rechtsgültig lädt, als Gründe vorhanden waren, welche die Arbeiter bestimmt konnten, bei einer Aussicht auf Erfolg die Arbeit niedergelegen. Aber da in der jetzigen Zeit der Erfolg eines Streiks sehr fraglich ist, so müssen zu älteren, wenn ein Streik unternommen werden soll, nächsten und leidenschaftslos die Aussichten eines Vorstoßes gegen den Arbeitgeber geprüft werden. Denn ein Streik ist doch Sinn- und Zwecklos, wenn ein totaler Misserfolg in sicherer Aussicht steht. Soll trotzdem in solchen erfolglosen Fällen ein Streik zu rechtfertigen sein, so müssen so schwerwiegende Gründe für die Arbeiter vorliegen, daß ihnen das Weiterarbeiten direkt zur Unzucht gereichen müsse. Aber solche Fälle spielen sich in den letzten Jahren nicht ab. Es handelt sich vielmehr vielfach um Maßregelungen, die derartigen Widerwillen der Arbeiter in den Ausstand traten. So eifrig nun der Zug der Solidarität ist, der sich bei diesen Ausständen zeigt, so ist damit das blinde Losmarkieren auf den Misserfolg nicht entzündigt. Die Arbeiter sind in den Streik getreten, ohne sich darüber zu vergewissern, wie im jetzigen Zeitpunkt die Lage des Arbeitsmarktes in dem betreffenden Gewerbe und speziell auch an dem betreffenden Ort gestaltet ist.

Schon ganz allgemein betrachtet, überzeugt gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt das Angebot in viel höherem Grade als es während der letzten fünf Jahre der Fall war, die Nachfrage. In einer Reihe von Industrien, wenigen ist der Beschäftigungsgrad schwach. Dabey gehören namentlich das Baugewerbe, die Textilindustrie, zahlreiche Branchen des Eisengewerbes u. s. w. Ganz besonders aber zeigt sich in Folge der ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse ein großer Überfluss an ungelernten Arbeitern. Ramentlich sind in den Großstädten zahlreiche Arbeiter dieser Kategorie seit Monaten beschäftigungslos und warten auf jede Gelegenheit, die ihnen Verdienst bringen kann. Wenn nun gerade von Eltern, deren Beruf keine Fortbildung erfordert, ein Ausstand in der jetzigen Zeit unternommen wird, so ist mit Bestimmtheit vorauszugeben, daß solche Streiks ausnahmslos verloren sind, ehe sie noch begonnen werden. Siegt es nun aber im Interesse der Arbeiter, Aktionen zu unternehmen, deren Schaden einzig und allein sie selbst trifft? Es soll nicht von den Ausständen selbst, von dem entgegengesetzten Verdienst während der Dauer des Ausstandes geredet werden, diese Verluste fallen nicht in die Waagschale gegenüber der Verluste der dauernden Entlastung in Folge eines solchen Streiks.

Mehr trifft die Entlastung aber gerade solche Leute, die organisiert und in der Arbeiterbewegung stehen, während die neuengestellten Arbeiter der Organisation noch fernstehen und ihr auch schon um verhältnismäßig lange Zeit fernbleiben müssen, weil sie ja als Streikfeinde gebraucht werden. Wenn angelicht solcher Verluste für die beteiligten Arbeiter wie für die Organisation die Frage aufgeworfen wird, ob solche aussichtslosen Streiks der Arbeiterbewegung nicht mehr schaden als nützen, so muss man nach zügiger Prüfung zu einer Bejahung der Frage gelangen. Wenn trotzdem gezögert wird, so heißt es jeden Einblick in die Lage des Arbeitsmarktes, jedes zu treffende Urteil in die augenblicklichen Richtungsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Solche Kenntnisse verhindern alle Veräußerungen des Streiks. Ziemlich genugt es nicht, daß nur die führenden Genossen mit der Lage des Arbeitsmarktes vertraut sind. Wir halten es

\* Galwer hat bei seinen Ausführungen wohl namentlich den Charlottenburger Gasarbeiterstreik vor Augen.

für dringend nötig, daß alle organisierten Arbeiter wenigstens einseitig einen Bild von dem jeweiligen Geschehe des Arbeitsmarktes in sich aufnehmen. Geschieht das nämlich nicht, so liegt die Gefahr vor, daß alle Warnungen zum Streik von Seiten der Führer nicht reichen, um die Arbeiter vor einem unüberlegten Schritt zu bewahren. Sie sind und bleiben der Meinung, daß eine geschlossene Arbeitsniederlegung den Betrieb zum Stillstand und den Fabrikanten in Verlegenheit bringe müsse, während doch in Wirklichkeit überflüssige Hände nur darauf warten, ihm die Streikenden zu ersezten.

Aber mit dieser letzteren Thatache wird nicht gerechnet, weil man sie nicht kennt und weil man noch nicht gewußt wurde, die Marktverhältnisse eingehend zu berücksichtigen.

Aus jedem der in letzter Zeit so sicher verloren gegangenen Streiks spricht daher die Mahnung, mehr als bisher sich um die Verbreitung der Kenntnisse über die jeweilige Gestaltung des Arbeitsmarktes zu bemühen. Das liegt im Interesse der Arbeiter, das liegt auch im Interesse der Organisationen.

## Kundschau.

Auch Gewerkschaftsblätter. Bedauerlicherweise spielen noch immer in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hier und da Personen eine Rolle, die in Folge ihrer gänzlichen Unfähigkeit sich am allerwenigsten dazu eignen. — In einigen Gewerkschaftsblättern finden wir wieder eine Notiz, die dieses zur Genüge dokumentiert. In derselben heißt es unter Anderem:

„Den besten Begriff von einer Kampforganisation liefern uns allerdings der so leistungsfähige Deutsche Metallarbeiter-Verein, dessen Ortsverwaltung Berlin für Reise- und Arbeitslosenhilfsunterstützung 27 893,89 M. für Streik und Maßregelung, also für den eigentlichen Zweck der Organisation, ganze 7 827,40 M. verausgabt.“

Außerdem liegt der „Gewerkschaftsführer“, welcher die bestreitbare Notiz verläßt, den eigentlichen Zweck der gewerkschaftlichen Organisation in Streiks und Maßregelungen!

Personen mit derartigen Anschauungen schädigen nicht nur dadurch die Gewerkschaftsbewegung, indem sie ganz unnötige Kämpfe herauftreiben müssen, sondern auch den Gegner der beruflichen Arbeitorganisationen den Glauben verleihen, daß tatsächlich der Zweck der Organisation in der willkürlichen Provokation von wirtschaftlichen Kämpfen zu suchen ist. — Wie lange wird es noch dauern bis diese unzulänglichen Elemente von der Spitze gewerkschaftlicher Organisationen verschwunden sind?

Die „Zeitschrift für Praxis und Gießerei“ drückt die erwartbare Notiz zufrieden ab. Dieses Blatt, welches sich besonders durch seinen „unentwegten“ Standpunkt auszeichnet, wundert sich nicht darüber, daß unser Verband solche Fortschritte gemacht hat. Das ist gar kein Wunder, sondern nur zu natürlich. Würden wir auch solche unzulängliche Lebhaft und eine tödliche Tatrat vertheidigen, wie man es von gewisser Seite beliebt, so würde auch unser Verband sich im ewigen Zirkelwall, wie junge Rosen um den Schwanz drehen. Es soll nämlich Verstände geben, welche dieses thun.

„Vernünftiges Wort“ schreibt der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes bezüglich der Streiks in seinem letzten Geschäftsbericht. Sie lauten: „Es ist leider noch immer Thatsache, daß ein großer Teil unserer Kollegen die eigene Kraft über- und die des Gegners unterschätzt und dadurch den Ausstand nicht als ultima ratio, sondern als Mittel, das in jedem Falle sicherer Erfolg zeitigen müsse, betrachtet. Ebenso ist es leider eine Thatsache, daß sich sehr viele unserer Kollegen, sobald sie einmal einen Streik begonnen haben, nicht dazu entschließen können, sobald sich die Chancen des Ausstandes merklich verschlechtert haben, dem aussichtslosen Streik dann auch ein Ende zu machen.“

## Helden der Menschheit.)

Die alte Ansicht, die noch von einem Range und mehr noch von einem Kreisfeste vertreten wurde, daß die großen Männer es sind, welche die Geschichte machen, darf wohl als völlig zurückgedrängt von der modernen Auffassung betrachtet werden, welche in der Geschichte wesentlich den Kampf politisch-wirtschaftlicher Klassen und Massen gesehen hat.

Unüberdrückbar erscheint auf den ersten Blick der Unterschied zwischen dem „Heroenkultus“, wie ihn anbeten und zugleich am Schönsten der großen Engländer Carlyle vertut, und dem sogenannten „historischen Materialismus“, besser der materialistisch-ökonomischen Geschichtsauffassung eines Karl Marx und Friedrich Engels, die almdlich auch in die Historiographie der offiziellen Universitätsgelehrten hindurchzufern beginnen!

\* Helden der Menschheit. Lebensbeschreibungen der hervorragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten und Zonen. Ein Viertertelwerk mit Porträts und Illustrationen. Ersteinheit in 50 Lieferungen à 20 Pf. Berlin W. 36, Verlag Auflösung.

Und doch lassen sich beide Anschauungen vereinigen. Die entschiedenste Betonung der Antikritik, daß die Geschichte im Wesentlichen das Spiel ökonomischer Machtstruktur ist, braucht uns nicht blind gegen die hervorragende Bedeutung der großen Männer machen. Im Gegenteil: der ihnen tatsächlich zugedrehten Rolle entledigt, die Plächer der Geschichte zu sein, werden die Herren der Menschheit als die großen Sünder, Föderer, Anreger, Wälder und Brüder um so höher in unserer Werthöchstzung steigen.

Nicht gern auch wird die Geschichte der Menschheit von den Helden, aber die Geschichte spielt sich in den Helden der Menschheit wieder. Und es ist eine altekannte These, daß die Geschichtsschreibung in Form der Lebensbeschreibung dem Künstler weit aus die Liebe und angemessen ist.

So hat denn der rührige Verlag Aufklärung in Berlin den Berlisch unternommen, in der Form von Biographien von etwa 50 Helden der Menschheit – dem deutschen Volke, insbesondere aber den emporstrebenden Klassen derselben eine populäre Weltgeschichte zu bieten, die ebensoviel entfernt ist von der Langweiligkeit wie von unwohlwollischer Überflächlichkeit, vom farbloser Gesinnungsbuch, wie von aufdringlicher Tendenzmache! In zwangloser Folge werden den Lesern die heraufragenden Persönlichkeiten aus allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, aus allen Jahrhunderten historischen Daseins vorgeführt. Gelehrte und Künstler, Feldherren und Staatsmänner, Religionsstifter und Volkstribunen. Auf dem knappsten Raum wird mit anziehender Stärke das Leben eines jeden Helden geschildert, und zwar in der Weise, daß nicht nur er den Augen und Herzen der Leser näher gerückt wird, sondern zugleich auch die Zeit, in der er lebte und wirkte, in ihm sich wiederholt, daß in jedem dieser Helden eine große Geistesströmung der Menschheit zum Ausdruck gebracht wird.

Das Werk wird in ca. 50 Lieferungen erscheinen. Der Preis – 20 Pf. für jede Lieferung durchschnittlich – ist so niedrig bemessen, daß er auch dem mit irischen Gütern sehr wenig Befugneten die Anschaffung des Werkes ermöglicht.

So dürfen wir mit gutem Gewissen unseren Lesern die „Helden der Menschheit“ empfehlen.

Zeigt, wo sich allenfalls, auch in Deutschland, das Beitreten geltend macht, Volksbildung und Volksschulbildung zu verbreiten, wo die ersten Schritte zu einer Volks-Universität. Bewegung gemacht sind, blieb einem Verlage, der gerade die Aufklärung sich zum Ziel gelegt, eine Reihe schöner Aufgaben. Mit der Herausgabe der „Helden der Menschheit“ ist eine der selben: eine Welt- und Kulturgeschichte in Form von Einzelarbeiten dem Volke zu bieten, in Angriff genommen. Es ist nur zu wünschen, daß das Werk in allen bildungsfrischen Kreisen unseres Volkes Eingang finde.

### Abrechnung des Verbands-Vorstandes für das 1. Quartal 1901.

	G innahme
Bestand vom 4. Quartal 1900 . . . . .	5107,51 M.
Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder . . . . .	4867,55 -
Sammlungen für die streitenden Bremer Gasarbeiter . . . . .	1013,80 -
	Summa 10988,86 M.

### A u s g a b e

Die Gewerkschaft a Conto . . . . .	1277,25 M.
Agitation . . . . .	972,20 -
Gehälter . . . . .	981,56 -
Post . . . . .	159,27 -
Drucksachen (Statuten, Maßregelung-Reglements &c) . . . . .	458,-
Bureau-Amtskosten . . . . .	37,50 -
Bureau-Urkunden . . . . .	90,95 -
Sigingsgelder . . . . .	50,25 -
Stempel . . . . .	5,85 -
Litteratur . . . . .	4,50 -
Rechtschutz . . . . .	88,60 -
Gesamtrechte-Unterstützung . . . . .	190,-
Streich-Unterstützung d. Bremer Gasarbeiter*) . . . . .	820,-
Beitrag an die General-Kommission für das 4. Quartal 1900 und 1. Quartal 1901 . . . . .	204,90 -
Diverse . . . . .	2,78 -
	Summa 4198,59 M.

G i n n a h m e

G innahme	10988,86 M.
A u s g a b e	4198,59 -
Bestand	6795,27 M.

P. Posseckart, Verbandsklassifizier.

Revidirt und richtig befunden.

Berlin, den 16. Juni 1901.

P. Schulz. G. Schabel.

\*) Die 320 M. sind bereits im 8. Quartal 1900 zur Auszahlung gelangt, konnten aber erst jetzt verrechnet werden.

\* \* \*

### Zusammensetzung über die Gesamt-Ginnahme u. -Ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1901.

G innahme	
G innahme der Filialen . . . . .	15401,88 M.
G innahme des Verbands-Vorstandes . . . . .	6121,91 -
	Summa 21523,18 M.

### A u s g a b e

A u s g a b e der Filialen . . . . .	3750,82 M.
A u s g a b e des Verbands-Vorstandes . . . . .	4198,59 -
	Summa 7944,41 M.

### W o l f s c h u b

Gesamt-Ginnahme . . . . .	21523,18 M.
Gesamt-Ausgabe . . . . .	7944,41 -
	Bliebt ein Vermögen von 13578,72 M.
Davon in den Filialen . . . . .	6783,45 -
Davon hat der Verbands-Vorstand . . . . .	6795,27 -

## Ginnahmen und Ausgaben

### der Filialen resp. größerer Einzel-Mitgliedschaften im I. Quartal 1901. (1. Januar 1901 bis ultimo März 1901.)

Filiale	G innahme										A u s g a b e											
	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland	Welt	deutschland		
Berlin I. *)	219,65	15	—	309,75	—	14,40	—	86	—	644,80	139,50	—	—	—	—	—	—	30,40	184,85	354,25	290,55	198
Ia. 2.)	212,25	18,50	—	370,80	—	16,20	13,50	84,70	710,95	156	—	20	—	—	—	—	—	34,49	215,10	425,59	285,36	207
Ib. 3.)	165,80	5,50	—	303,60	—	13,80	79	—	567,70	237	—	4	—	19,60	—	3	59,95	171,10	494,65	73,05	220	
II. 4.)	162,13	4	—	323,55	—	16,60	—	97,85	607,13	172	25	—	10,12	—	32,90	183,87	421,89	183,24	153			
III. 5.)	252,06	13,50	—	137,70	—	5,70	—	—	408,96	—	—	9	—	—	—	—	36,27	82,07	219,62	31		
IV. 6.)	210,54	—	—	67,35	—	2,60	21,90	—	301,69	35	—	1	9,80	—	—	—	—	—	—	—		
V. 7.)	218,33	3	—	189,75	—	9,60	—	—	420,68	87,50	—	—	—	—	—	—	26,50	107,47	171,47	249,21	103	
VI. 8.)	129,13	3,50	—	381,—	—	20	28,10	157,55	719,25	119	30	4,50	17,71	—	4	45,80	346,25	567,26	152,02	261		
VII. 9.)	363,44	6	—	231,15	—	12,60	23,70	7,15	644,04	281,50	40	—	22,50	—	—	—	134,18	478,18	105,86	134		
VIII. 10.)	29,82	—	59	46,80	—	2,40	7,20	27,90	114,52	76	—	—	—	—	—	—	26,30	102,75	11,77	29		
IX. 11.)	228,79	20	—	395,50	—	30,50	—	—	874,79	118,40	—	—	42,65	—	—	—	34,45	509,50	366,49	346		
X. 12.)	—	—	—	15,75	—	—	—	—	17,55	—	—	—	—	—	—	—	15,75	16,76	—	38		
XI. 13.)	75,20	2	—	90	6,50	6,70	—	—	180,40	—	—	10,50	—	—	—	76	56,95	68,20	112,20	73		
XII. 14.)	77,54	3,50	—	219,90	—	11,30	—	—	312,24	6	—	17,86	—	3,50	—	—	123,75	151,11	161,13	121		
XIII. 15.)	—	—	81	—	27,80	—	8	—	—	366,89	—	—	23,60	—	—	—	227,90	251,60	115,30	153		
XIV. 16.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Bremen	59,20	15,50	—	94,05	—	5,30	7,60	—	181,85	—	—	12,25	4,10	—	—	71,50	68,00	155,90	25,95	81		
Breslau	—	97	—	90,30	—	—	—	—	187,30	—	—	9,06	—	—	—	—	142,15	151,21	36,09	194		
Charlottenburg	347,80	20	—	234,60	—	4,10	10,80	48,55	665,85	5	—	84	—	20,20	6	30	141,40	236,60	429,25	277		
Coburg	—	18	—	—	—	22,20	2,80	—	43	—	—	—	—	—	—	3,70	31,90	42,10	—	37		
Dresden	615,76	16	—	406,05	—	27,70	—	—	1065,51	—	50	100,30	—	—	—	38	246,75	435,05	630,46	436		
Friedrichshagen	98,50	50	—	129,90	—	7,10	—	45,45	279,45	7	—	10	23,05	—	—	—	72,55	112,80	166,85	65		
Gera R. 1. V.	—	4,50	—	13,05	—	—	—	—	19,15	—	—	1,55	—	—	—	—	12,18	13,73	5,42	6		
Hamburg	—	48,50	—	395,40	—	15,90	—	11,60	471,89	—	—	50	40,40	—	14,90	47,73	270,55	423,58	48,31	355		
Karlsruhe	36,05	—	—	26,10	—	—	—	—	68,05	—	—	4,10	—	—	—	—	18,05	17,15	45,90	42		
Leipzig	433,97	27	—	95,10	—	1,50	—	5,55	563,12	10,01	—	27,95	—	25	3	7,67	76,05	124,92	438,20	179		
Ludwigshafen a. Rh.	—	22,50	—	48,15	—	—	—	—	70,65	—	—	5,80	—	—	—	—	46,58	52,38	18,27	45		
Magdeburg I.	247,14	6	—	287,25	—	15,30	—	7,50	563,19	—	—	44	—	4	4	93,51	164,93	306,44	256,70	161		
II.	14,97	—	—	36,60	—	1,10	5,90	—	58,57	—	—	8,30	—	—	2	7,60	19,40	35,30	23,27	20		
III.	149,57	—	—	90,15	—	4,70	—	—	244,42	5	—	—	—	—	2	20,80	49,78	77,38	167,04	62		
IV.	66,23	14,50	—	231	—	9,80	85	—	318,39	32	—	10	8,15	—	11,30	10,50	55,87	99,82	135,80	88		
Mannheim I.	465,73	6,50	—	181,05	—	5,90	—	—	569,18	—	100	—	—	—	—	60,04	90,92	250,96	408,22	90		
II.	83,09	1	—	73,35	—	3,70	—	—	141,14	—	—	10	12,67	—	—	—	6,80	41,85	70,85	70,29	37	
III.	227,46	5	—	97,35	—	8,50	—	9,12	342,43	—	—	20	12,05	—	—	29,40	57,28	118,73	237,30	80		
IV.	198,43	—	—	102,90	—	6,90	—	—	308,23	—	4	15	20	—	2,10	10,54	58,35	109,99	198,24	76		
R																						